

Der Dreißigjährige Krieg - Einleitung

Der Anfang war kein «deutscher Krieg» und das Ende kein «nationales Unglück». Die dreißig Jahre dazwischen haben Deutschland und die Deutschen dennoch kräftig in Atem gehalten, millionenfachen Tod, Verwüstung und Barbarei über Mitteleuropa gebracht und die politischen Verhältnisse gehörig durcheinander gewirbelt. Doch die scheinbar so tiefgreifenden Veränderungen erwiesen sich als wenig beständig: Der Westfälische Frieden restaurierte 1648 die verfassungspolitischen Verhältnisse, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eingependelt hatten. Behutsame Korrekturen sorgten dafür, dass das System «Kaiser und Reich» funktionsfähig blieb. Mit dem Krieg und durch den Frieden wurde die Integration des niederdeutschen Raumes in das «oberdeutsche» Reich abgeschlossen. Erst jetzt bildete der gesamte Raum zwischen den Alpen und den Küsten von Nord- und Ostsee ein Gemeinwesen – keinen Staat im klassischen Sinne, aber ein Mehrebenensystem, in dem viele aufeinander bezogene Entscheidungszentren zusammenwirkten, um «gesamtstaatliche» Aufgaben wie die Außenverteidigung oder die Rechts- und Friedenswahrung erfolgreich zu bewältigen. Die 1648 eingeführte konfessionspolitische Parität sowie die in Richtung auf Duldung und Toleranz verschobenen Regelungen der Religionsfrage haben das Konfliktpotential entschärft, das den Krieg mit verursacht und immer wieder neu entfacht hatte.

Damit ist die Perspektive dieses Bändchens genannt: die Verknüpfung von Ursachen, Abläufen und Wirkungen im Horizont der deutschen Geschichte. Aufgabe des Historikers ist es, einzelne Handlungsstränge aus der Gesamtheit des vergangenen Geschehens so miteinander zu verbinden, dass bestimmte Merkmale und Prozesse erkennbar werden. In diesem Sinne gelten als sinnstiftende Ordnungsmuster für den Dreißigjährigen Krieg: «Konflikt zweier Machtblöcke», «Staatsbildungskrieg», «Kampf um eine ständisch-republikanische oder eine absolutistisch-monarchische Herrschaft», «Konfessionskrieg». Sie verweisen auf Probleme, die in Deutschland wie beinahe überall in Europa zur offenen Austragung drängten. Sie schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen sich und helfen, das Geschehen in langfristige Entwicklungsprozesse einzuordnen.

Eine Antwort auf die banale Frage nach der Dauer des Dreißigjährigen Krieges ergibt sich keineswegs von selbst. Eine logisch zwingende Einheit bilden die Ereignisse und Entwicklungen zwischen dem Prager Fenstersturz 1618 und dem Westfälischen Frieden 1648 nicht. Dieser Zeitraum lässt sich in zahlreiche Einzelkriege und Friedensschlüsse unterteilen. Die gegnerischen Mächte oder Mächtigkeitsgruppen veränderten sich in diesen Jahreⁿ ebenso wie ihre Ziele. Zum «Dreißigjährigen Krieg» wurden die verwirrend unübersichtlichen und disparaten Handlungsstränge erst durch gedankliche Verknüpfungen zeitgenössischer Beobachter und analysierender Historiker.

Neben der Reformationszeit gehört dieser Krieg zu den am häufigsten behandelten Epochen der frühneuzeitlichen deutschen Geschichte. Erinnerung sei nur an die heute noch lesenswerten Arbeiten Friedrich Schillers, Moriz Ritters oder C.V. Wedgwoods sowie an die neueren Synthesen – beispielsweise von Steinberg, Poligensky, Langer, Parker mit seinen Koautoren, Barudio, Schormann, Burkhardts und Asch, zuletzt von Kampmann, Arndt und Wilson, dessen monumentale Darstellung in der Tradition der älteren historischen Großerzählungen steht. Aus den Veröffentlichungen des Jubiläumsjahres 1998 ragt rückblickend der dreibändige Katalog der Ausstellung in Münster und Osnabrück heraus. Hinzu kommen die neueren und älteren Quelleneditionen, eine unübersehbare Fülle von Einzelstudien und Sammelbänden sowie die Gesamtdarstellungen zur deutschen und europäischen Geschichte, die ihre Sicht des Dreißigjährigen Krieges bieten. Gekämpft wurde im 17. Jahrhundert nicht nur in Deutschland: Die Neuformierung der alteuropäischen Gesellschaft und ihres Staatensystems verlief auch andernorts alles andere als konfliktfrei. Die frühneuzeitlichen Staatsbildungsprozesse mit ihrer Tendenz zur Formierung und Disziplinierung führten zu zahllosen Transformations- und Anpassungskonflikten. Angelsächsische Historiker sprachen von der «allgemeinen Krise des 17. Jahrhunderts». Sie erinnerten unter anderem an den englischen Bürgerkrieg, die großen Volksaufstände in Frankreich, den niederländischen Staatsstreich, die Revolten in Katalonien, Andalusien, Portugal und Neapel sowie an den tiefen Einschnitt des «deutschen» Krieges. Schon die

Zeitgenossen haben diese Ereignisse parallelisiert und nach den tieferen Ursachen ihres Zusammentreffens gefragt. Sie fanden Antworten in der Bedrohung durch teuflische Mächte, im zürnenden und strafenden Gott und in Hinweisen auf das angeblich unmittelbar bevorstehende Jüngste Gericht.

Im Mittelpunkt der «Krisendiskussion» stehen ökonomische und politische Erklärungsmuster. Marxistische Historiker sahen in der Krise Begleiterscheinungen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus. Ihre nichtmarxistischen Kollegen bestreiten zwar keineswegs die wirtschaftlichen Hintergründe des Krieges, machen dafür aber die unkontinuierliche Preisentwicklung oder die «kleine Eiszeit» verantwortlich – eine Periode spürbar niedriger Temperaturen seit etwa 1570, mit geringeren Ernteerträgen und latenten Hungerkrisen. Neuere Forschungen zeigen, dass sich in den 1560er und in den 1590er Jahren die Revolten häuften und die ökonomische Krise die verschiedenen Teile Europas zu ganz unterschiedlichen Zeiten ergriff. Das Erklärungsmuster «allgemeine Krise» verweist nur am Rande auf Deutschland. Der große Krieg stellte hier seit eh und je das Raster zur Ordnung des 17. Jahrhunderts bereit. Angesichts der gewaltigen regionalen Unterschiede in Europa stießen zudem alle einheitlich-systematisierenden Erklärungsansätze schnell an ihre Grenzen. Die Krisensymptome sind allerdings auch in Deutschland unverkennbar: Um 1600 – so Heinz Schilling – war der im Ganzen optimistische Zug des 16. Jahrhunderts verflogen. Die disziplinierenden obrigkeitlichen Eingriffe bedrückten die Menschen und machten ihnen Angst: «Konkurrenzdruck und Zusammenbrüche einst berühmter Handelshäuser, Ernährungsnöte selbst bei der Mittelschicht, Pauperismus, Vagabondage, Elend, Hunger und Krankheit bei den Unterschichten und dem wachsenden Heer der Bettler und Vagabunden. Vor allem aber wirkten beängstigend und lähmend die fanatische Feindseligkeit, die nervöse Unversöhnlichkeit, die unerbittliche Konfrontation der Konfessionen und konfessionell gesteuerter Blöcke im neuen Europa der Mächte» (Schilling 1988, 372).

Es ist vorgeschlagen worden, die angeblich zu sehr auf Deutschland bezogene Kategorie «Dreißigjähriger Krieg» durch offenere Benennungen wie «Epoche europäischer Kriege und Krisen» oder «allgemeine Krise des 17. Jahrhunderts» zu ersetzen. Doch was wäre damit gewonnen? Die Geschichtsschreibung tut gut daran, am rein formalen, gerade deswegen aber einprägsamen Begriff «Dreißigjähriger Krieg» festzuhalten, weil

- er zeitgenössisch ist und bis heute etwas vom damaligen Schrecken und Entsetzen transportiert,
- sich das politische, konfessionelle und militärische Geschehen zwischen 1618 und 1648 im Wesentlichen in Deutschland verknüpfte und an den deutschen Verhältnissen stets von Neuem entzündete,
- der Krieg sich als eine tiefe Zäsur in das kulturelle Gedächtnis des deutschen Volkes eingegraben hat und bis ins 20. Jahrhundert als das nationale Trauma begriffen wurde.

Die Betonung der deutschen Perspektive heißt freilich nicht, die soziokulturellen Begleitumstände und die europäischen Dimensionen des auf Mitteleuropa konzentrierten Geschehens zu ignorieren. Die jüngsten Versuche, den Dreißigjährigen Krieg und den Westfälischen Frieden radikal zu europäisieren, führen jedoch in die Irre. In England, Italien und in vielen anderen europäischen Ländern sind diese Ereignisse im historisch-kulturellen Gedächtnis nicht präsent. In Frankreich verweist die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts weniger auf eine Leidenszeit als auf den Beginn nationaler Größe (Wilson 2009, 4f.). Eine gemeinsame europäische Erinnerung, die diese nationalgeschichtlich gedachten Vergangenheiten integriert, gibt es nicht, und sie lässt sich wohl auch nicht ad hoc konstruieren. Der Dreißigjährige Krieg war nicht das «Inferno», das Europa durchschreiten musste, um in der Moderne anzukommen (Schilling 2007, 417 ff.). Auch Kampmann (2008, I) behauptet lediglich, dass es «heute wohl unstrittig» sei, diesen Krieg als «europäischen Konflikt» zu charakterisieren. Seine auf machtpolitische Fragen konzentrierte Darstellung bleibt jedoch ganz dem Geschehen in Deutschland verhaftet.

Die anderen großen Kriege dieser Epoche besaßen ihre eigenen Ursachen, Signaturen und Zäsuren. Dies gilt für den niederländischen Freiheitskampf wie für den erst 1659 beendeten französisch-spanischen Krieg oder die schwedisch-polnischen Auseinandersetzungen. Die dänischen, schwedischen und französischen Interventionen sind zudem nur noch sehr vermittelt mit den böhmischen Ursprüngen des Dreißigjährigen Krieges in Verbindung zu bringen. Statt das auf Deutschland, Österreich und Böhmen bezogene und von der zeitgenössischen Terminologie entsprechend gedeutete Geschehen («teutscher Krieg» – «teutscher Frieden»)

als ein europäisches zu deklarieren – ein europäischer Krieg auf dem Boden des Reiches (Arndt zoog, iz) –, sind die nationalen Dimensionen in europäischen Kontexten zu deuten. Erst die historische Selbstvergewisserung über die disparate und alles andere als einheitliche, gleichwohl aber gemeinsam erfahrene und als deutsche wahrgenommene Geschichte ermöglicht deren feste Verankerung in einem künftigen historischen Gedächtnis Europas.

...

(S.102 – 107)

Die Nation im Krieg

Es war die Reichsverfassung, die den Reichs-Staat integrierte. Ob es darüber hinaus ein Bewusstsein des «Deutsch-Seins» gab, in das die Leid- und Opfererfahrungen dieses Krieges und die Bestimmungen dieses Friedens einfließen, ist eine schwierige, gleichwohl legitime Frage. In den Quellen steht «deutsch» als trennende und einende Zuschreibung, die sich auf alle Menschen deutscher Muttersprache, aber auch nur auf die Bewohner des Reichs-Staates beziehen kann. Die erste Variante deutet auf eine ethnisch-kulturelle, die zweite auf eine politische Nation. Für beide Fälle gilt, dass Nation nur sein kann, was sich als solche versteht, in dieser Form zusammenbleiben will und von außen entsprechend wahrgenommen wird.

Heinz Schilling betont die frühneuzeitliche europäische Allianz von Staatsbildung und Nationalidentität mit einer Konfession und setzt davon die Konfessionalisierung und den Dreißigjährigen Krieg in Deutschland als Verfestigung territorialer Staatlichkeit ab. Doch die multikonfessionelle Kultur hat hier trotz aller Konflikte und Abgrenzungen den Zusammenhalt der Nation auch beflügelt. Die barocke Kunst und Architektur sorgten in den katholischen, Sprache und Literatur in den protestantischen Milieus für Homogenisierungen. Beide Bereiche standen jedoch nicht beziehungslos nebeneinander, sondern überlagerten, durchdrangen und befruchteten sich gegenseitig. Darüber hinaus entwickelte sich mit der Ablehnung des Fremden, insbesondere des französischen Geschmacks in Mode, Sprache und Verhalten, während des Krieges ein einendes kulturelles Feindbild. So paradox das klingen mag: Obwohl der Kampf der Bekenntnisse in Deutschland viel Unruhe, verdeckte und offene Konflikte in das Verfassungsgefüge brachte, schuf die Konfessionalisierung auch noch im Dreißigjährigen Krieg neue Stabilität durch überterritoriale, prinzipiell für ganz Deutschland gültige Verklammerungen. Die vielen Appelle an die deutsche Nation, die konfessionellen Streitigkeiten zugunsten der gemeinsamen «nationalen» Interessen zu überbrücken, um geeint die äußeren Feinde abzuwehren, aktualisierten den von Kaiser und Ständen repräsentierten föderativen Zusammenhang. Sie stärkten die vor allem von den Protestanten ausgehende, von Publizistik wie Barockdichtung mit dem einigenden Band der Muttersprache akzentuierte und eng verknüpfte Idee einer gemeinsamen Zugehörigkeit zur deutschen Nation über die Konfessionsgrenzen hinweg. Illustrierte Flugblätter und Flugschriften, Trostgedichte und Friedensaufrufe propagierten Eintracht und Einigkeit. Adressaten waren alle unter dem Krieg leidenden Deutschen, denen wegen ihrer Sünden und wegen ihres Abfalls von der germanisch-deutschen Tradition kollektiv die Schuld an der Misere zugewiesen wurde.

Poetisches und populäres Schrifttum wetteten unterdessen gegen fremde kulturelle Muster und präsentierten die heldenhaften Väter, die alten Sitten und Gebräuche sowie die altdeutsche Freiheit als Vorbild. Sie ließen die «Germania» den Deutschen ins Gewissen reden und markierten je nach Standpunkt die alten Feindbilder: Türken, Spanier und Franzosen, Papst, Kaiser und Jesuiten, auch Dänen und Schweden. Die deutsche Freiheit wurde neuerlich der spanischen Servitut gegenübergestellt. Die Angriffe gegen die Deutschen, die sich nicht auf ihr eigenes Wertesystem verpflichten lassen wollten, verbanden sich mit Tod und Zerstörung, Angst und Schrecken. Der Krieg hatte – so Daniel Czepko in seinem Gedichtfragment – Freiheit und Recht vernichtet, und bis der Frieden beides wiederherstellte, gab es kein deutsches Vaterland.

Die Einigkeitsappelle zielten auch auf die Neufundierung der deutschen Libertät. Dass der «freie Deutsche» unterjocht und zum «Sklaven» gemacht werde, war eine feste Argumentationsfigur, die gegen alle ausländischen und inländischen Gegner ins Feld geführt werden konnte. Die deutsche Freiheit bewährte sich immer dann, wenn es galt, tatsächliche oder vermeintliche despotische Gewalt rhetorisch in die Schranken zu weisen. In den Kriegen gegen Ludwig XIV. wurde die Freiheit in Deutschland, England oder den Niederlanden von der Unfreiheit im monarchisch regierten Frankreich abgesetzt. Die absolutistische Monarchie war der zu bekämpfende Störfall, weil ihr Expansionsdrang die freiheitlichen Gemeinwesen permanent bedrohe.

Obwohl im Krieg das nationale Bewusstsein auch in Schriften und Liedern beschworen wurde, die nicht nur die gelehrte Elite erreichten, ist dieser nicht als «teutscher Krieg» im kulturellen Gedächtnis haften geblieben. Dort ist selten Platz für Kriege, die weder heroische Abwehrkämpfe darstellen noch dem inneren Gegner das eigene Wertesystem dauerhaft aufzwingen konnten. Darüber hinaus gab es keine Kriegshelden, die zur nationalen Identifikation und Mythenbildung einluden. Die beiden Kaiser erscheinen als trennende katholische Protagonisten, Wallenstein stammte aus Mähren und Schiller hatte aus ihm keinen strahlenden Helden gemacht. Goethe schreckte vor einer Auseinandersetzung mit Herzog Bernhard von Weimar zurück. Der Jenaer Historiker Heinrich Luden (1780-1847) hatte ihm jedenfalls von seinem Vorhaben abgeraten. Auch die Schweden galten nach 1648 eher als Feinde der deutschen Nation. Erst im 19. Jahrhundert wurde Gustav II. Adolf als «Löwe aus Mitternacht», «Gothe» oder «Nordgermane» von der deutschen Öffentlichkeit (wieder)vereinnahmt. Diese Adoption eines fremden Herrschers und die willig akzeptierte rhetorische Zuweisung einer Opferrolle im Dreißigjährigen Krieg korrespondierte mit der nun verbindlichen Einschätzung, dass das Alte Reich seine nationalstaatliche Aufgabe nicht bewältigt habe. Die Idee des nationalen Machtstaates hielt das, was das frühneuzeitliche Reich deutscher Nation ausgezeichnet hatte, für bloße Schwäche.

Eintracht und Einigkeit hatten in Deutschland jedoch über den Krieg hinaus Inklusion, Duldung und Toleranz bedeutet. Die Einheit in der Vielheit führte zu zahllosen politischen, sozialen und kulturellen Fronten, die sich auch fortan nie zu einer einzigen Konfrontation überlagerten. *Den* Glaubenskrieg oder *den* Konflikt zwischen Peripherie und Zentrum, zwischen Land und Hof, zwischen Kaiser und Ständen, gemeinem Mann und Herrschaft hat es im frühneuzeitlichen Deutschland nicht gegeben. Zum «Trauma» des deutschen Volkes wurde der Dreißigjährige Krieg erst im 19. Jahrhundert, als auch dessen angebliche Opferrolle identitätsbildend genutzt wurde.

Die Rezeption des Friedens

Die Zeitgenossen feierten den Frieden: ad hoc, auf landesherrliche Verordnung, jährlich wiederkehrend. Die Friedensfeste erinnerten auch an den Krieg und an die nun überstandenen Grausamkeiten. Sie begründeten die allerdings oft erst im 19. Jahrhundert institutionalisierten lokalen Feste und Bräuche wie den Augsburger Friedenstag, die Oberammergauer Passionsspiele, den Meistertrunk in Rothenburg ob der Tauber oder das Hohnblasen auf Wallenstein in Stralsund (Schindling 2001, 186). Wie zuvor die Friedenssehnsucht erfuhr auch der Frieden eine nationale Deutung: «Teutscher Kriegs Ab- und Friedens Einzug». Vor 1800 galt der Westfälische Friede als unumstrittenes Fundament deutscher Staatlichkeit. Er bildete bei Friedensverträgen, Verhandlungen über die kaiserlichen Wahlkapitulationen oder in den Kurien des Regensburger Reichstags die alles entscheidende Richtschnur. Schiller hielt den Frieden für «das interessanteste und charaktvollste Werk der menschlichen Weisheit und Leidenschaft». So empfanden viele Zeitgenossen: Ihnen galt das deutsche Verfassungsgefüge trotz seiner offensichtlichen Mängel als eine im Großen und Ganzen harmonische und angemessene Grundordnung. Sie sahen in dem scheinbaren Chaos von Neben-, Unter- und Überordnung staatlicher und staatsähnlicher Gewalten ein System gegenseitiger Machtkontrolle, einen wirksamen Schutz vor Willkürherrschaft und einen Garanten für Frieden, Recht und gesetzmäßige Freiheit. Schiller selbst erlebte aber noch den schnellen Zerfall dieser Ordnung. Im Prolog zum Wallenstein setzte er dem Frieden ein Denkmal:

«Zerfallen sehen wir in diesen Tagen
Die alte feste Form, die einst vor hundert
Und funfzig Jahren ein willkommner Friede
Europens Reichen gab, die teure Frucht
Von dreißig jammervollen Kriegsjahren.»

Auch außerhalb Deutschlands galten die Verträge von Münster und Osnabrück bis ins 19. Jahrhundert hinein als Meisterwerke der Diplomatie und der internationalen Konfliktregulierung – ein erster Durchbruch auf dem Weg zum ewigen Frieden. Dann aber folgte die bis heute wirksame Umwertung. Die Apologeten des mächtigen Nationalstaats gaben dem Westfälischen Frieden die Schuld an der ihres Erachtens trostlosen machtpolitischen Lage Deutschlands: Auf Betreiben Frankreichs sei das europäische Staatensystem 1648 auf der Basis der deutschen Zersplitterung und Ohnmacht errichtet worden. Der Frieden wurde so zum politischen

Argument für den starken souveränen nationalen Machtstaat preußischer Prägung, der Deutschland seinen Platz in Europa und in der Welt sichern sollte, um die Schmach von 1648 zu tilgen.

Die deutsche Geschichtsschreibung hat dieses Verdikt immer wieder erneuert und war sich in ihrer negativen Bewertung lange einig: Das frühzeitig unregierbar gewordene Reich wurde mit der staatlichen Kleinteiligkeit im Westfälischen Frieden nicht nur aller nationalstaatlichen Entwicklungsansätze beraubt, sondern überhaupt als ein zielgerichtet handlungsfähiges Gemeinwesen zerschlagen. Fortschritt und Dynamik in der deutschen Staatswerdung verkörperten von nun an nur noch die der lästigen Fesseln des Reichsverbandes enthobenen großen Territorialstaaten – allen voran Brandenburg-Preußen. Der angebliche Funktionsverlust des Habsburger Reichsoberhauptes 1648 wurde als erster folgenschwerer Schritt auf dem Weg zur kleindeutschen Staatsgründung gedeutet. Im 20. Jahrhundert verglichen Historiker dann sogar den Westfälischen unmittelbar mit dem Versadler Frieden von 1919 – und sie taten dies in der Perspektive deutscher Erniedrigung. Solche Deutungen sind heute überholt, doch es ist bisher nicht gelungen, sie aus dem öffentlichen wie dem veröffentlichten Bewusstsein zu verdrängen.

Dafür hat der Frieden im Bereich der internationalen Beziehungen Karriere gemacht. Er gilt als Ausgangspunkt einer auf Souveränität und Gleichrangigkeit basierenden europäischen Staatenbalance. Auch wenn diese Sicht den Quellen nicht unbedingt standhält, vermittelt sie doch etwas von dem Geist der Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück. Hier wurde in der Tat diplomatisches, aber auch staats- und völkerrechtliches Neuland betreten, damit die europäischen Monarchien und Republiken miteinander verhandeln konnten.